

Studien zum
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

185

Marie Drießnack

Der Vertragsübergang im Rahmen der umwandlungsrechtlichen Universalsukzession



Nomos

Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL.M. (Univ. of Chicago)

Prof. Dr. Adam Sagan, MJur (Oxon)

Begründet von

Prof. Dr. Klaus J. Hopt

Prof. Dr. Manfred Lieb

Prof. Dr. Harm Peter Westermann

Band 185

Marie Drießnack

Der Vertragsübergang im Rahmen
der umwandlungsrechtlichen
Universalsukzession



Nomos

Erster Berichterstatter: Prof. Dr. Kindl
Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. Saenger
Dekan: Prof. Dr. Boers
Tag der mündlichen Prüfung: 02.07.2019

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Münster, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6669-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-0780-0 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für meinen Großvater

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand im Juli 2019 statt. Rechtsprechung und Literatur konnten bis Ende Dezember 2019 berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt zuvorderst meinem verehrten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. *Johann Kindl*, für seinen Zuspruch und die hervorragende Betreuung während der Schaffenszeit. Ohne seine wertvollen Anregungen und die zügige Korrektur wäre das Vorhaben ein längeres Unterfangen gewesen.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Prof. Dr. *Ingo Saenger* für die außergewöhnlich schnelle Erstellung des Zweitgutachtens. Frau Prof. Dr. Dr. hc. *Barbara Dauner-Lieb* und den Herren Prof. Dr. *Mathias Habersack*, Prof. Dr. *Christoph Kumpan*, LL.M. (Univ. of Chicago) und Prof. Dr. *Adam Sagan*, M.Jur. (Oxon) danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht“.

Besonders bedanke ich mich zudem bei meinen Freunden *Max Heinrich*, *Felix Holländer*, *Lea Weiser* und *Ronja Weibrauch* für die kompetente und kritische Durchsicht des Manuskripts und die stete und bedingungslose Unterstützung. Ihr freundschaftlicher Rückhalt hat wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Von Herzen danke ich auch meiner Familie, meiner Schwester *Nelly Drießnack*, meinen Eltern *Anke* und *Steffen Drießnack* sowie meinen Großeltern, *Gerlinde* und *Heinz Scheibe*, die mich während meiner juristischen Ausbildung in jeder Lebenslage liebevoll unterstützt und gefördert haben. Meinem lieben Großvater, der die Vollendung der Arbeit nicht mehr erleben kann und der mich durch seine Worte und seine Liebe immer angetrieben hat, ist diese Arbeit gewidmet.

Düsseldorf, im Januar 2020

Marie Drießnack

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 – Einführung und Gang der Untersuchung	19
A. Einführung in die Problematik	19
B. Gang der Untersuchung	23
Kapitel 2 – Einführung in das Umwandlungsrecht und Begriffserläuterungen	26
A. Einführung in die Geschichte des Umwandlungsrechts	26
I. Geschichte des UmwG	26
II. Geschichte des Verschmelzungsrechts	28
1. Das ADHGB von 1861	28
2. Das Handelsgesetzbuch von 1897	31
3. Die Verschmelzung nach dem UmwG in der Form vor 1995	32
4. Das Aktiengesetz von 1937	33
5. Das Aktiengesetz von 1965	33
6. Verschmelzungsrecht nach aktueller Rechtslage: Die Regelungen des UmwG	34
7. Europarechtlicher Einfluss auf das Verschmelzungsrecht	35
B. Begriffserläuterungen zur Verschmelzung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 UmwG	36
I. Begriff der Verschmelzung als übertragende Umwandlung nach dem UmwG	36
1. Definition, Arten und Ablauf der Verschmelzung i.S.d. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UmwG	36
a) Definition und Wesen der Verschmelzung	36
b) Arten der Verschmelzung	37
aa) Verschmelzung durch Aufnahme nach § 2 Nr. 1 UmwG	38
bb) Verschmelzung durch Neugründung nach § 2 Nr. 2 UmwG	39
c) Verschmelzungsfähige Rechtsträger	41
d) Ablauf des Verschmelzungsvorgangs	41
aa) Vorbereitungs- und Planungsphase	42

Inhaltsverzeichnis

bb) Verschmelzungsvertrag	42
cc) Verschmelzungsbericht	43
dd) Verschmelzungsprüfung	44
ee) Verschmelzungsbeschluss	45
ff) Anmeldung und Eintragung	46
2. Gründe für die Durchführung einer Verschmelzung	47
a) Unternehmensimmanente Gründe für die Durchführung einer Verschmelzung	48
b) Äußere Gründe für die Durchführung einer Verschmelzung	49
II. Die Rechtsfolgen der Eintragung der Verschmelzung nach § 20 Abs. 1 UmwG	51
1. Vermögensübertragung im Wege der Universalsukzession nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG	51
2. Liquidationsloses Erlöschen des übertragenden Rechtsträgers nach § 20 Abs. 1 Nr. 2 UmwG	52
3. Anteilerwerb der bisherigen Anteilsinhaber des übertragenden Rechtsträgers nach § 20 Abs. 1 Nr. 3 UmwG	53
4. Folgen von Mängeln im Rahmen des Verschmelzungsvorgangs nach § 20 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 2 UmwG	54
a) Behandlung von Beurkundungsmängeln, § 20 Abs. 1 Nr. 4 UmwG	54
b) Behandlung von Verschmelzungsmängeln, § 20 Abs. 2 UmwG	55
III. Vorteile der Verschmelzung nach dem UmwG gegenüber anderen Umstrukturierungsmaßnahmen nach dem allgemeinen Zivilrecht	57
1. Umstrukturierung durch Anwachsung	57
2. Vertragsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches	59
3. Vermögensübertragung im Wege der Einzelrechtsnachfolge	60
4. Eingliederung, Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	60
5. Beteiligungserwerb	62
6. Fazit	62

Kapitel 3 – Rechtsfolge der Universalsukzession nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG und Abgrenzung zur Singularsukzession	64
A. Sinn und Zweck der umwandlungsrechtlichen Universalsukzession	64
B. Umfang der umwandlungsrechtlichen Universalsukzession	66
C. Gesamtrechtsnachfolge versus Einzelrechtsnachfolge	68
I. Darstellung der Gesamt- und der Einzelrechtsnachfolge	68
1. Einzelrechtsnachfolge	68
2. Gesamtrechtsnachfolge	70
II. Sukzessionsbeschränkungen bei der jeweiligen Art der Sukzession	72
1. Sukzessionsbeschränkungen bei der Einzelrechtsnachfolge	72
2. Sukzessionsbeschränkungen bei der Gesamtrechtsnachfolge	73
D. Rechtliche Einordnung der umwandlungsrechtlichen Gesamtrechtsnachfolge	74
I. Folgen der Einordnung für den Schuldnerschutz	75
II. Rechtsdogmatische Einordnung der Universalsukzession nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG	75
1. Rechtsgeschäftliche Gesamtrechtsnachfolge aufgrund des Verschmelzungsvertrags?	76
2. Einordnung nach der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre	77
3. Rückgriff auf § 10 Abs. 1 Nr. 1 SpTrUG	80
4. Vergleich mit der rechtsdogmatischen Einordnung der partiellen Universalsukzession nach § 131 Abs. 1 Nr. 1 UmwG im Rahmen der Spaltung	82
5. Wortlaut des § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG	87
6. Parallele zur erbrechtlichen Universalsukzession	87
7. Einordnung aufgrund der Vorschrift des § 324 UmwG	91
8. Rechtsdogmatische Einordnung vor dem Hintergrund der Historie des Verschmelzungsrechts	94
9. Vertrag zulasten Dritter bei Einordnung als rechtsgeschäftliche Universalsukzession?	96
III. Fazit	98

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 4 – Der Forderungsübergang im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge im Vergleich zum Forderungsübergang bei der Einzelrechtsnachfolge	99
A. Einführung in die Problematik des Schuldnerschutzes im Rahmen von Forderungsübergängen bei Verschmelzungen	99
B. Sukzessionsschutz im Rahmen der Singularsukzession in Forderungen durch Abtretung nach § 398 BGB	101
I. Ablauf einer Forderungsübertragung durch Abtretung nach § 398 BGB	101
1. Die Forderung als Übertragungsgegenstand	101
2. Der Ablauf der Forderungsabtretung nach § 398 BGB und deren Rechtsfolge	101
II. Betroffene Schuldnerinteressen im Rahmen der Forderungsübergänge nach § 398 BGB und § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG	103
1. Fehlendes Zustimmungserfordernis des Schuldners und fehlende Informationspflicht des Zedenten bzw. des übertragenden Rechtsträgers	104
2. Eingriff in die Vertragsfreiheit und das Recht auf freie Wahl des Vertragspartners	106
3. Das Rechtsverhältnis als Vertrauensbeziehung	107
4. Gläubigerpluralität	108
5. Fazit	109
III. Das (Schutz-)System der §§ 399, 404 ff. BGB	109
1. Zweck und Prinzipien der Schuldnerschutzvorschriften der §§ 399, 404 ff. BGB	110
2. Ausschluss der Abtretung bei Inhaltsänderung oder Vereinbarung, § 399 BGB	112
a) Ausschluss der Abtretung bei Inhaltsänderung, § 399 Alt. 1 BGB	112
aa) Inhaltsänderung bei höchstpersönlichen Ansprüchen i.e.S.	112
bb) Inhaltsänderung bei zweckgebundenen Ansprüchen	113
cc) Inhaltsänderung bei unselbstständigen Nebenrechten	114

b)	Ausschluss der Abtretung durch Vereinbarung, § 399 Alt. 2 BGB	115
aa)	Grundsätzliches zum rechtsgeschäftlichen Abtretungsverbot	115
bb)	Grenzen der Geltung rechtsgeschäftlicher Abtretungsverbote	116
(1)	Grenze des Rechtsmissbrauchs nach § 242 BGB	116
(2)	Grenze des § 354a HGB bei beidseitigem Handelsgeschäft	117
c)	Rechtsfolge bei Verstoß gegen § 399 BGB	119
aa)	Wirkung einer gegen § 399 BGB verstoßenden Abtretung	119
bb)	Möglichkeit der Umdeutung i.S.d. § 140 BGB des vertraglichen Abtretungsverbots in eine Einziehungsermächtigung	120
cc)	Möglichkeit der Heilung einer unwirksamen Abtretung	121
d)	Andere Fälle des Abtretungsausschlusses	122
3.	Weitere Vorschriften zum Schutz des Schuldners	126
a)	Einwendungserhalt, § 404 BGB	126
b)	Erhalt der Aufrechnungsmöglichkeit, § 406 BGB	127
c)	Rechtshandlungen gegenüber dem Altgläubiger, § 407 BGB	128
d)	Mehrfache Abtretung, § 408 BGB	131
e)	Abtretungsanzeige, § 409 BGB	133
f)	Aushändigung der Abtretungsurkunde, § 410 BGB	134
C.	Anwendbarkeit der §§ 399, 404 ff. BGB auf die umwandlungsrechtliche Universalsukzession nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG	136
I.	Anwendbarkeit der §§ 399, 404 ff. BGB über den Verweis in § 412 BGB bei Einordnung der umwandlungsrechtlichen Universalsukzession als gesetzliche Rechtsnachfolge	136
1.	Anwendbarkeit des § 412 BGB auf gesetzliche Gesamtrechtsnachfolgen?	137
a)	Problemaufriss	137
b)	Eigenes Regelungskonzept und eigene Schutzmechanismen zugunsten des Schuldners bei der Universalsukzession im Verschmelzungsrecht?	142
c)	Berücksichtigung gesetzgeberischer Wertungen	145

Inhaltsverzeichnis

d) Gebotenheit der Anwendung	150
e) Fazit	151
f) Art und Weise der Anwendung der Verweisungsvorschrift des § 412 BGB	152
II. Anwendbarkeit der einzelnen in § 412 BGB genannten Vorschriften auf die umwandlungsrechtliche Universalsukzession	152
1. Entsprechende Anwendung der §§ 404–410 BGB	153
a) Entsprechende Anwendung von § 404 BGB	153
b) Entsprechende Anwendung von § 406 BGB	154
c) Entsprechende Anwendung von § 407 BGB	154
d) Entsprechende Anwendung von § 408 BGB	155
e) Entsprechende Anwendung von § 409 BGB	156
f) Entsprechende Anwendung von § 410 BGB	156
2. Entsprechende Anwendung von § 399 BGB	157
a) Entsprechende Anwendung von § 399 Alt. 2 BGB	158
aa) Praktische Relevanz	158
bb) Untersuchung unter Berücksichtigung der Auswirkungen der entsprechenden Anwendung, der betroffenen Interessen sowie der Gesetzhistorie	159
cc) Fazit	169
b) Entsprechende Anwendung von § 399 Alt. 1 BGB	169
aa) Praktische Relevanz	169
bb) Untersuchung unter Berücksichtigung der Auswirkungen der entsprechenden Anwendung, der gesetzgeberischen Wertungen sowie der Gesetzhistorie	172
cc) Fazit	178
D. Gesamtfazit	179
 Kapitel 5 – Mögliche Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Vertragspartner des übertragenden Rechtsträgers unter besonderer Berücksichtigung der Schuldnerinteressen beim Forderungsübergang im Rahmen einer Verschmelzung	 182
A. Weitere Bindung des übernehmenden Rechtsträgers an das Abtretungsverbot	183

B. Möglichkeit der Vertragsanpassung nach den Grundsätzen der Störung der Geschäftsgrundlage gem. § 313 Abs. 1 BGB	184
I. Allgemein zu den Grundsätzen der Störung der Geschäftsgrundlage nach § 313 BGB	184
II. Voraussetzungen der Vertragsanpassung nach § 313 Abs. 1 BGB	187
1. Begriff der Geschäftsgrundlage	187
2. Störung der Geschäftsgrundlage nach Vertragsschluss	188
3. Risikobetrachtung	189
4. Unzumutbarkeit weiteren Festhaltens am unveränderten Vertrag	190
III. Vorrangige Rechtsfolge der Vertragsanpassung gem. § 313 Abs. 1 BGB	191
IV. Anwendung der Grundsätze der Störung der Geschäftsgrundlage nach § 313 Abs. 1 BGB auf den Fall des Vertragspartnerwechsels bei Unternehmensverschmelzungen	193
1. Konkurrenzverhältnis zu § 21 UmwG	194
2. Konkrete Anwendung des § 313 Abs. 1 BGB	196
a) Mögliche Grundlagenstörungen im Falle der Veränderung des Vertragspartners durch Verschmelzung	196
aa) Wechsel der Identität des Vertragspartners als schwerwiegende Änderung der Geschäftsgrundlage	196
bb) Mangelnde Sachkunde des neuen Vertragspartners	198
cc) Mangelnde Bonität oder mangelnde Kapitalausstattung des neuen Vertragspartners	199
dd) Leistungerschwerung durch den Wechsel des Vertragspartners	200
b) Risikobetrachtung	201
c) Unzumutbarkeit weiteren Festhaltens am unveränderten Vertrag	202
d) Vorrangige Rechtsfolge der Vertragsanpassung	203
V. Fazit	204
C. Möglichkeit der vollständigen Loslösung vom Vertrag	205
I. Rücktritts- oder Kündigungsrecht nach § 313 Abs. 3 BGB	206
1. <i>Ultima ratio</i> der Vertragsauflösung nach § 313 Abs. 3 BGB	206

Inhaltsverzeichnis

2. Voraussetzung der Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Vertragsanpassung	207
3. Vertragsauflösung nach § 313 Abs. 3 BGB im Falle des Vertragspartnerwechsels bei Unternehmensverschmelzungen	207
II. Außerordentliches Kündigungsrecht nach § 314 BGB bei Dauerschuldverhältnissen	209
1. Verhältnis des Kündigungsrechts nach § 314 BGB zu § 313 Abs. 3 BGB	209
2. Voraussetzungen und Rechtsfolge des Kündigungsrechts nach § 314 BGB	212
3. Anwendung des § 314 BGB auf den Fall des Vertragspartnerwechsels bei Unternehmensverschmelzungen	214
III. Fazit	217
D. Rechtsgeschäftliche Vereinbarung ausdrücklich für den Fall der Verschmelzung zum Schutz der Vertragspartner des übertragenden Rechtsträgers	218
I. Anforderungen an die Deutlichkeit und inhaltliche Ausgestaltung einer rechtsgeschäftlichen Vereinbarung zwischen übertragendem Rechtsträger und Drittem für den Fall der Verschmelzung	220
1. Möglichkeiten inhaltlicher Ausgestaltung der rechtsgeschäftlichen Vereinbarung	220
2. Anforderungen an die Deutlichkeit einer rechtsgeschäftlichen Vereinbarung	223
II. Dingliche Wirkung?	227
III. Grenze der Treuwidrigkeit nach § 242 BGB der Berufung auf die rechtsgeschäftliche Vereinbarung	230
IV. Vereinbarkeit mit § 1 Abs. 3 UmwG	231
V. Fazit	232
E. Untergang der Leistung nach § 275 Abs. 1 BGB und Leistungsverweigerungsrechte nach § 275 Abs. 1, 2 BGB und § 242 BGB	233
F. Allgemeines Vertragsrecht zum Schutz der Interessen Dritter ausreichend?	234
G. Gesamtfazit	236

Kapitel 6 – Defizite der aktuellen Rechtslage und Vorschlag zur gesetzlichen Ausgestaltung	239
A. Zusammenfassung der aktuellen Diskussion und Defizite der aktuellen Rechtslage	239
I. Zusammenfassung der aktuellen Diskussion im Hinblick auf die Anwendbarkeit der Vorschriften zum Singularsukzessionsschutz und zu den Schutzmöglichkeiten Dritter	239
II. Die aktuelle Rechtslage und ihre Defizite	240
B. Bedürfnis nach einer gesetzlichen Regelung und Vorschlag zur gesetzlichen Ausgestaltung	243
I. Bedürfnis gesetzgeberischen Tätigwerdens und Inhalt einer gesetzlichen Regelung	243
II. Entwurf gesetzlicher Regelungen	246
1. Gesetzliche Regelung zur Geltung des § 399 Alt. 1 und 2 BGB sowie der §§ 313, 314 BGB	246
2. Regelung zur Informationspflicht des übernehmenden Rechtsträgers in Bezug auf den Vertragsübergang infolge einer Verschmelzung	247
3. Vereinbarkeit der Vorschriften mit dem Zweck des § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG	249
Kapitel 7 – Schlussbetrachtung und Zusammenfassung in Thesen	251
A. Schlussbetrachtung	251
B. Zusammenfassung in Thesen	253
Literaturverzeichnis	259

